

Empfehlungen bei Abstimmungen unter der Lupe: Anhänger der Freien Liste sind am «regierungstreuesten»

Analyse Bei den letzten Volksabstimmungen waren überraschenderweise die Anhänger der Freien Liste am «regierungstreuesten». Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung des Liechtenstein-Instituts. Die Frage: Hat sich die Oppositionspartei der Regierungshaltung angenähert oder ist es umgekehrt?

VON HANNES MATT

In Liechtenstein und der Schweiz hat die Bevölkerung die Möglichkeit, an der Urne über Sachfragen zu entscheiden. Das nennt man direkte Demokratie, wofür wir im Ausland vielfach beneidet werden. Je nach Thema und Komplexität kann einem Stimmbürger aber die Zeit fehlen, sich vertieft mit einer Abstimmungsvorlage auseinanderzusetzen. Deshalb bieten Parteien und Regierung den Stimmberechtigten bei Sachabstimmungen Orientierungshilfen an – darunter etwa Empfehlungen wie die Ja- oder Nein-Parole bzw. die Stimmfreigabe. Bei der FBP und der VU werden diese beispielsweise von den Landes- und Parteivorständen gefällt – teils mit umfassenden Debatten. Mit solchen Parolen darf auch bei der nächsten Volksabstimmung am 29. Januar zum Casino-Verbot gerechnet werden.

Doch folgen die eigenen Anhänger den Empfehlungen überhaupt und ist deren Einfluss auf den Wahlausgang gross? Fragen, mit denen sich das Liechtenstein-Institut befasst hat. Dafür analysierte der Forschungsbeauftragte Politik, Thomas Milic, Befragungsdaten aus 12 Urnengängen mit 16 Abstimmungsvorlagen – von den Verfassungsinitiativen (2003) bis zur Franchisen-Befreiung und dem 2G-Gesetz (2022). Das Fazit: «Die Parteilinientreue bei den Anhängerschaften der Oppositionsparteien ist stark, bei denjenigen der beiden Grossparteien jedoch eher gering ausgeprägt – vor allem auch im Vergleich mit der Schweiz», wie Milic im diese Woche veröffentlichten «LI Focus» schreibt. Auch eine Regierungsempfehlung werde von den Anhängerschaften der FBP und VU weniger oft umgesetzt, als dies bei den Anhängerschaften der Schweizer Bundesratsparteien der Fall ist. «Es fällt auf, dass die beiden Grossparteien deutlich mehr Mühe bekunden, ihre Anhängerschaften auf Linie zu halten, als die drei kleinen Parteien», fasst der Forschungsbeauftragte zusammen. So liege der Medianwert für die VU bei gerade mal etwas über 50 Prozent und jener der FBP bei knapp 65 Prozent – während in rund der Hälfte aller Abstimmungen fast 80 Prozent der Freie-Liste-Sympathisanten so stimmten, wie ihre Partei empfahl. Bei der DU und der DpL seien es dann nochmals deutlich mehr – auch wenn hier nur

wenige Fälle vorliegen würden, so Milic. Das könne man wohl damit begründen, dass die Grossparteien «mittige» Volksparteien sind und pragmatischere Politik betreiben – während die Kleinparteien mit ideologiegetriebener bzw. kompromissloserer Politik um die Wählergunst buhlen. Ebenfalls kam das Liechtenstein-Institut zum Schluss, dass die Anhängerschaft jener Grosspartei jeweils regierungstreuer abstimmt, deren Parteivertreter das für die entsprechende Sachfrage zuständige Ministerium leitet. Hier ist etwa der «Manuel Frick-Effekt» bei der 2G-Abstimmung zu nennen, bei der Anhänger der FBP eher ein Ja in die Urne gelegt hätten, als beispielsweise VU-Sympathisanten (das «Volksblatt» berichtete).

Weg vom scharfen Oppositionskurs

Bei der Untersuchung sticht aber eine andere Erkenntnis: So war in den letzten Jahren ausgerechnet die Anhängerschaft einer Oppositionspartei – nämlich der Freien Liste (FL) – an der Stimmurne am «regierungstreuesten» – zumindest seit 2014. Denn zu Beginn des Jahrtausends war die FL noch auf scharfem Oppositionskurs. «Die Freie Liste muss sich nicht zwingend der Haltung der Regierung angenähert haben», wie Thomas Milic die Gründe hinterfragt. «Denkbar wäre prinzipiell auch das Gegenteil davon: Die Regierung ist heute häufiger auf FL-Linie als früher.»



Das Liechtenstein-Institut hat 12 Abstimmungssonntage analysiert. (Smybolfoto: MZ)

Und wie steht es um den Einfluss von Abstimmungsempfehlungen? Als mentale Entscheidungshilfe, etwa um sich die Kosten einer detaillierten inhaltlichen Auseinandersetzung mit einem Thema zu sparen, werden Empfehlungen auf jeden Fall genutzt, wie Milic schreibt: «Das belegen zahlreiche Auswertungen von Nachabstimmungsumfragen, in welchen die Befragten just diese Nutzung von Empfehlungen explizit angaben.» Im Schnitt seien es rund 10 Prozent gewesen, die sich sehr stark oder stark an der Parole ihrer bevorzugten Partei orientiert hätten – bei der Regierungsempfehlung gar 17 Prozent. Da Ursachen für die Entscheidungsmotive unterschiedlich sind, sei eine Einordnung über einen zu grossen Einfluss solcher Empfehlung schwierig. Zumindest lässt der geringe Übereinstimmungsgrad auf ein geringes Steuerungsvermögen schliessen. Thomas Milic kommt zum Schluss: «Weder Parteien noch Regierung steuern das Liechtenstei-

ner Stimmvolk. Das soll nicht bedeuten, dass sie keinen Einfluss auf das Stimmverhalten ausüben. Aber dieser Einfluss ist bei Weitem nicht so gross, als dass von einer Steuerung die Rede sein kann.» Der Forschungsbeauftragte argumentiert dies auch mit der zum Vergleich zur Schweiz schwach ausgeprägten Parteiloyalität der hiesigen Grossparteien: Denn ennet des Rheins werde in der Forschung ja auch nicht von «Steuerung» gesprochen. Thomas Milic macht hierzu aber auch darauf aufmerksam, dass die Vorlagen in Liechtenstein weniger kompliziert sind: «Je alltagsnäher der Abstimmungsgegenstand, desto weniger Orientierungshilfen sind nötig und umso kritischer und eigenständiger das Stimmverhalten.» Das liegt laut Milic auch darin begründet, dass in der Schweiz auch von vornherein chancenlose Aussenseiter-Initiativen lanciert und tatsächlich auch zur Abstimmung gelangen. In Liechtenstein scheine dies seltener der Fall zu sein.